



Der Landrat

26. Januar 2015

Zum Positionspapier Oktober 2014

Sehr geehrter Präsident Schramm,

der wirtschaftlich äußerst erfolgreiche Landkreis Böblingen hat Exportquoten von über 70%. Er hat seinen Wohlstand nicht zuletzt dem weltweiten Handel zu verdanken. Unsere Produkte sind international begehrt und finden in vielen Ländern ihren Absatz. Daher sollten weitere Handelserleichterungen, gerade mit einem der Hauptpartner wie den Vereinigten Staaten, unsere Zukunft sichern und den Wohlstand der Bevölkerung weiter ausbauen.

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) soll Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestalten, dass sie besser zusammenpassen. Bei den Verhandlungen geht es darum, Zölle und andere Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) abzubauen. Ziel ist eine stärkere Öffnung der Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks. Zudem sollen Einschränkungen für kommerzielle Dienstleistungen verringert, Investitionssicherheit und Wettbewerbsgleichheit

verbessert und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen auf allen staatlichen Ebenen vereinfacht werden.

Ein transatlantisches Handelsabkommen eröffnet die Chance, dass mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit Maßstäbe setzen. Das Abkommen kann zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beitragen.

Diese Vorhaben spielen der Wirtschaft unseres exportorientierten Landkreises zu. Dennoch unterstütze ich das Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der Kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014, an deren Erarbeitung Ihr Haus beteiligt war.

Die Verhandlungen im Rahmen von TTIP und anderer internationaler Handelsabkommen dürfen nicht allein bestimmt sein von den versprochenen Verbesserungen der Investitionsbedingungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Rechtliche und gesundheitspolitische Standards der EU sind ebenso zu beachten.

Vor allem birgt TTIP Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge. Die derzeit durch die EU garantierte umfassende Organisationsfreiheit der Kommunen bei Entscheidungen zur Daseinsvorsorge muss erhalten bleiben! Kommunale Dienstleistungen, wie beispielsweise Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder Kultur dürfen durch das Abkommen nicht beeinträchtigt werden. Sie müssen weiterhin der Organisationsentscheidung von Kommunalvertretern obliegen.

Deshalb unterstützt der Landkreis Böblingen das Positionspapier der Kommunalen Spitzenverbände mit Nachdruck. Uns liegt daran, diese zustimmende Haltung zu artikulieren und drängen auf eine transparentere Diskussion in der Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Rh

Roland Bernhard

Roland Bernhard